



Presseschau vom 10.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie *die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

Mvdlnr.ru: (Seite des Innenministeriums der LVR)

Erklärung des Innenministers der LVR I. A. Kornet vom 5.11.17

Am 21. Oktober dieses Jahres wurde ich eingeladen, auf einer erweiterten Sitzung des Komitees zu Fragen der Staatssicherheit und Verteidigung, der Arbeit der Rechtsschutzorgane und des Gerichtswesens, der Gesetzmäßigkeit, der Verteidigung der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürger Informationen über die Arbeit des Innenministeriums der LVR zu berichten.

Weil die Abgeordneten die Verantwortung für die rechtzeitige Annahme der notwendigen und qualitativ hochwertigen Gesetze tragen und das unmittelbare verbindende Glied zwischen dem Volk und der Staatsmacht sind, hielt ich es für möglich, ihnen objektive und reale Daten über die Arbeit des Innenministeriums zu vermitteln. Umso mehr als ich bis heute davon überzeugt bin, dass wir in dem ungleichen Kampf gegen den Kiewer Aggressor nur dank der Geschlossenheit und Zusammenarbeit aller Strukturen des jungen Staatsmechanismus standgehalten haben, dank dessen, dass die Republik unter schweren Bedingungen für alle Menschen aufgebaut wird und nicht nur für die Bedienung der Interessen einzelner Gruppen. Außerdem meine ich, dass alle Bürger von den Ergebnissen der Arbeit der Rechtsschützer wissen sollten und nicht nur die Abgeordneten, die an einer erweiterten Sitzung eines der Komitees teilgenommen haben.

Deshalb muss ich ohne falsche Bescheidenheit sagen: die selbstlose Tätigkeit der Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane hat eine positive Dynamik bei der Gewährleistung aller ihr übertragenen Funktionen erreicht. Dabei muss ich anmerken: die Belastung eines Polizeimitarbeiter im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung der LVR ist doppelt oder dreifach so hoch wie in solchen Staaten wie der RF, Weißrussland, der DVR, Abchasien, Südossetien und anderen.

Eine Analyse der Effektivität der Arbeit des Innenministeriums der LVR erlaubt es, einen eindeutigen Schluss zu ziehen – das Niveau der Kriminalität nimmt ab. Nimmt beständig ab. Und die Aufklärungsquote (unter anderem von schweren und besonders schweren Verbrechen) nimmt von Jahr zu Jahr zu, was eine objektive Kennziffer der Verbesserung der Lage bezüglich der Kriminalität in unserem jungen Staat ist.

Ich stelle nur einige Ziffern und Fakten vor:

In den ersten 9 Monaten des Jahres 2017 ist die Kriminalität im Vergleich zum analogen Vorjahreszeitraum um 11,3% zurückgegangen.

Außerdem gingen die schweren und besonders schweren Verbrechen um 19,6% zurück;

- Verbrechen unter Verwendung von Schusswaffen – um 57,1%;

- vorsätzlicher Mord – um 35,4%;

- Autodiebstähle – um 55,5%;

- Erpressung - um 38,9%.

Von der Gesamtzahl der registrierten Verbrechen wurden 4829 aufgeklärt, was 68,4% der Gesamtzahl sind. Im analogen Zeitraum des Jahres 2016 betrug die Aufklärungsquote 50,7%. Außerdem wird vom Innenministerium Arbeit zur Unterbindung von Diversions- und Erkundungsaktivitäten von ukrainischen Spezialdiensten und Spezialeinheiten der ukrainischen Streitkräfte in Bezug die Entdeckung und Liquidierung von Verstecken mit Waffen und Munition geleistet.

Ich stelle nur einige Fakten vor.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 wurden von den operativen Diensten des Innenministeriums eine Reihe von Diversions- und Erkundungsgruppe des Gegners auf unserem Territorium entdeckt, zu denen einige Dutzend aktive Mitglieder gehörten, die Mehrzahl von ihnen ist inzwischen festgenommen.

In der Folge von operativen Ermittlungsmaßnahmen wurden schwere und besondere schwere Verbrechen aufgedeckt, darunter der Mord am Leiter der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Oleg Wladimirowitsch Anaschtschenko, zwei Detonationen im Zentrum unserer Hauptstadt, die 2017 begangen wurden, Sprengungen von Denkmälern. Außerdem wurde die Beteiligung von Mitglieder der genannten Gruppe an der Begehung von 14 Morden, Entführungen und Mord an Funktionsträgern der ausführlichen Organen der LVR festgestellt, mehr als 20 Raubüberfälle und einige Fälle von Autodiebstahl wurden aufgeklärt.

Die Mitglieder der unschädlich gemachten Diversions- und Erkundungsgruppen befassten sich auf dem Territorium der Republik mit der Sammlung von operativen Informationen im Interesse von Spezialdiensten der Ukraine, sie bereiteten Terrorakte auf dem Territorium der RF vor.

Die Politik des derzeitigen Kiewer Regimes ist auf die Destabilisierung der Republiken des Donbass gerichtet. Sie in einen Chaoszustand zu versetzen, ist bisher für es die einzige Chance, hierher zurückzukehren. Diversionsgruppen unter dem Anschein von Banden sollen auch die Illusion von Widerstand und von ausschweifender Kriminalität schaffen.

Das Innenministerium führt eine folgerichtige, systematische Arbeit zur Aufrechterhaltung von Gesetzlichkeit und Rechtsordnung auf dem Territorium der Republik durch. Zur Aufklärung von Verbrechen – von allen, nicht nur von aufsehenerregenden – werden alle vorhandenen Kräfte des Ministeriums herangezogen, es werden die Errungenschaften der

Kriminalistik und die Erfahrung der älteren Generation genutzt.

Ich habe niemals Mängel und die Existenz ungelöster Probleme in der Arbeit unseres Ministeriums geleugnet, aber ich meine erstens, dass es notwendig ist, interessiert die Mängel und Probleme zu erörtern, ohne die Sache ins Persönliche zu ziehen, und zweitens, die Dinge konkret zu behandeln, im Kontext der operativen Lage in der Republik. Die Mitarbeiter der Polizei haben ausreichend Kraft und Erfahrung, um sie (die Probleme und Mängel – Anm. d. Übers.) zu überwinden und um die Effektivität und die Professionalität in der Arbeit zu erhöhen.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe ist für uns die Ausrottung von Korruption in den eigenen Reihen, die Säuberung der Rechtsschutzorgane von zufälligen, und, ich unterstreiche das besonders, kleinemütigen Menschen, die den Eid eines Mitarbeiters der Organe der inneren Angelegenheiten verraten haben, unabhängig von deren Rang und der eingenommenen Funktion. Bezüglich dieser Personen werden schwere Entscheidungen getroffen, entsprechend den Gesetzen der LVR.

Insgesamt sind die Rechtsschutzorgane gegenüber der Gesellschaft offener geworden, wovon die Dankesbriefe von Bürgern, gesellschaftlichen Organisationen, Organen der örtlichen Selbstverwaltung und ausführenden Organen der Staatsmacht zeugen. Dies ist auch eine Kennziffer für das wachsende Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei. Dabei wage ich zu versichern, dass wir nicht zulassen werden, dass die Mitarbeiter und das Ministerium im Ganzen von irgendwelchen Gruppen, die die Gesellschaft durch sich selbst ersetzen wollen, unter Druck gesetzt werden, wie dies in der Ukraine geschieht.

Das Innenministerium leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Gefahr durch Drogen, an der unmittelbar Mitglieder von organisierten kriminellen Gruppen der Ukraine beteiligt sind, es führt prophylaktische Arbeit zur Verhinderung von Verbrechen unter Minderjährigen durch, es widmet der ökonomischen Sicherheit der Republik ständige Aufmerksamkeit. Deshalb unterstreiche ich: nicht die Mängel, sondern gerade die effektive Arbeit des Innenministeriums ist die Ursache für Provokationen von Seiten einer proukrainischen „fünften Kolonne“ oder von Menschen, die nicht die gesamte Schwierigkeit der Arbeit der Rechtsschützer unter heutigen Bedingungen begreifen.

Im Zusammenhang damit will ich erklären: wir werden unsere Arbeit so verstärken, dass alle die Kraft des Gesetzes, das die Rechte der Einwohner der Republik und ihre Sicherheit schützt, real an sich selbst verspüren, unabhängig von der gesellschaftlichen Position, von Rängen und Funktionen. Die, die zu sehr davon überzeugt sind, dass die Republik zur Befriedigung ihrer persönlichen Interessen existiert, enttäusche ich: das wird nicht geschehen!

Der Innenminister der LVR, Generalmajor der Polizei I. A. Kornet

dnr-news.com: (Wiederholung) **„Es ist Zeit, das Gesetz zu befolgen“: Plotnitsky verwies den Innenminister aus einem fremden Haus**

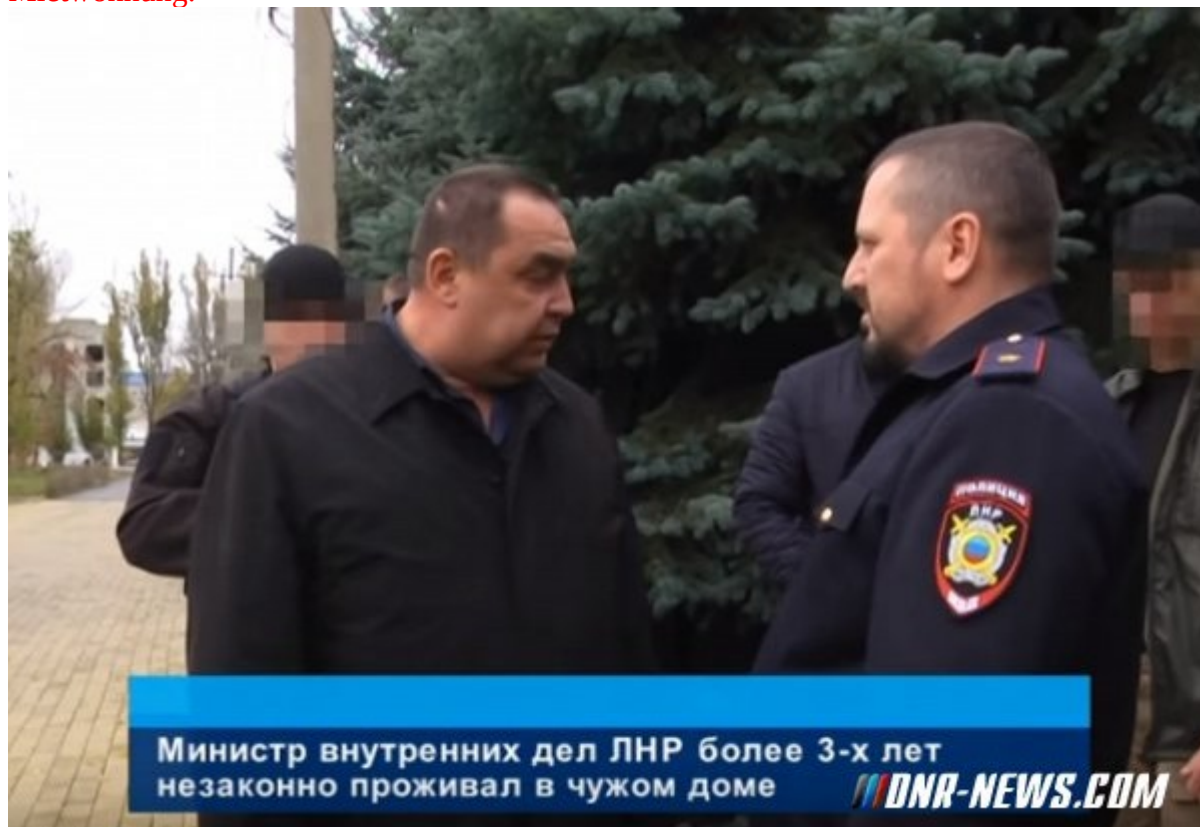
Der Fernsehsender „Lugansk 24“ veröffentlichte die Geschichte einer Rentnerin, deren Haus durch den Minister des MdI Igor Kornet besetzt worden war. Dies wurde unter der Überschrift „Kornet wohnte illegal in einem fremden Haus“, veröffentlicht auf dem Youtube-Kanal „GTRK LNR“.

Die Geschädigte erzählte, dass sie drei Jahre lang keinen Zutritt zu ihrem Haus in der Straße der Jungen Garde Nr 8 gehabt hätte.

„3 Jahre lang besetzte der Minister des MdI Kornet eigenmächtig mein Haus, zu dem ich wiederholt ging, mich an ihn wendete und Briefe an die Staatsanwaltschaft schrieb. Er wollte darüber nicht sprechen. Heute gelang es mir, zum Oberhaupt unserer Republik vorzusprechen und dieses Problem wurde innerhalb einer halben Stunde gelöst“, sagte sie.

„Hier ist die Hausherrin, dort die Staatsanwaltschaft, der Volkssowjet und das MfS. Alle gelangten zu dem Beschluss, dass es Zeit sei, das Gesetz zu befolgen“, sagte Plotnitzky dem Minister.

Nach den Worten der Hausbesitzerin lebte sie 3 Jahre lang mit ihrer Familie in einer Mietwohnung.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1510248342_screenshot_29.jpg

Crime-dn.su (Hotline der Rechtsschutzorgane der DVR), **Veröffentlichung vom 9.11.2017**
Es wurden **Schemata der Finanzierung der radikalen Gruppierung „Ajdar“ durch kriminelle Gruppen, die das „Geschäftsleben“ von Lugansk und des Oblast vertreten**, bekannt.

Ein Soldat der Streitkräfte der DVR setzte sich mit einem Operator der Hotline der Rechtsschutzorgane der DVR in Verbindung. Der Mann stellte unter der Bedingung, dass seine persönlichen Daten nicht veröffentlicht werden, Informationen bezüglich der Aktivität von organisierten kriminellen Gruppen, die das Strafbataillon „Ajdar“ auf dem Territorium der LVR und der Ukraine finanzieren, zur Verfügung.

Gemäß der Information von Wladimir (der Name ist aus Sicherheitsgründen geändert) betreibt Alexandr Wiktorowitsch **Dechtrjarenko**, geb. 1981, in kriminellen Kreisen als „Grusin“ bekannt, derzeit gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Marina Wladimirowna **Bukajewa (Chmelewzowa)**, geb. 1976, die Finanzierung der radikalen Gruppierung „Ajdar“, deren Kämpfer am Krieg gegen das Volk des Donbass beteiligt sind.

„Als ich aus dem Fernsehen erfuhr, dass die Abgeordneten der LVR (des Volkssowjets der LVR – Anm.) sich auf Kornet (Igor Kornet, Innenminister der LVR – Anm.) wegen eines Hauses gestürzt haben, wo er irgendwie wohnt, ist bei mir sofort die Frage aufgekommen: Und wen verteidigen eigentlich diese Diener des Volkes?! Kennen sie ihre „Helden“ vielleicht nicht vom Angesicht zu Angesicht?! So werde ich es ihnen erzählen.“

Dieses Haus gehört Chmelewzowa. Ihre Tochter ist Marina Bukajewa (Mädchenname – Chmelewzowa), Geschäftsfrau mittleren Formats, die zusammen mit ihrem lieben Freund „Grusin“ (A. W. Dechtjarenko) „Ajdar“ finanziert und den Ukrops weitere Hilfe für den Krieg gegen uns leistet. Ich kenne diese Familie schon lange, schon aus der Vorkriegszeit, auch „Grusin“ kenne ich. Er hat ein Büro zur Versorgung mit Schwarzgeld im Lugansker Oblast und in den 2000er Jahren befasste er sich mit dem Diebstahl von Autos und deren Verkauf. Dann hatte er eine Werkstatt, wo er illegal bekannte Zigaretten (Fälschung von Zigaretten bekannter Marken – Anm.) herstellte und eine Werkstatt in einem Geschäftszentrum in Lugansk. Seine Lebensgefährtin Marina sitzt in Kiew, obwohl sie selbst aus Krasnodon ist, ein ehemaliges Mitglied der Partei der Regionen, sie hat ein Geschäft mit Passagier- und Warentransporten und ihre Restaurants. Außerdem befasst sie sich mit dem Einzelhandelsverkauf von illegalem Alkohol. Dabei floh sie sofort, als der Ärger in Lugansk und Donezk (die Ereignisse im Frühjahr 2014 zur Vorbereitung und Durchführung des Referendums und der darauf folgende Krieg – Anm.) begann. Ihr Freund hat sie sofort mit dem Waschen schmutziger Gelder und der Finanzierung der ATO beauftragt, sie hat sich nicht sehr dagegen gewehrt, und dann konkret für „Ajdar“ (gearbeitet – Anm. d. Übers.) Ihre Busse, die früher durch Lugansk fuhren, befördern ständig Kämpfer von „Ajdar“ und im Winter 2013-2014 haben diese Busse Aktivisten des „Antimaidan“ nach Kiew gebracht. Nach meiner Information deckt die Führung des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Lugansker Oblast gegen eine bestimmte Bezahlung all ihre Geschäfte. Allgemein gesagt, eine käufliche Familie von Verrätern. Und ich habe eine Frage: Wen schützen die vom Volk Gewählten der LVR und für wen arbeiten sie dann?“

Der Mann stellte auch weitere wertvolle Information zur Verfügung, deren Veröffentlichung derzeit aus operativen Gründen nicht möglich ist.

(Die Recherchen des Presseschau-Kollektivs in diversen Medien und Sozialen Netzwerken bestätigten die Worte des Soldaten über die Hausbesitzerin.

In den Videos, die tiefend vor Hohn, den unverzüglichen Rauswurf des Innenministers und die triumphale Inbesitznahme der „Rentnerin“, die durch alle Räume schritt und bei jedem Gegenstand erklärte, dass er ihr gehöre, wird wohlweislich der Name der Frau nicht genannt. Inzwischen ist klar, dass die Mutter bzw. Schwiegermutter dieses kriminellen Paares bei ihrer Tochter in Kiew wohnte.

In Verbindung mit dem 1. Artikel der heutigen Presseschau begreift auch der Leser sehr gut, dass hier ein Kämpfer gegen Korruption und Verbrechen, dessen Ministerium zusammen mit dem MfS tatsächlich schon etliche Funktionsträger entlarvt hatte, auf übelste Weise diffamiert werden soll. Dass die Abgeordneten des Volkssowjets und das Staatsoberhaupt dabei mitspielen, kann bestenfalls als Unwissenheit interpretiert werden.

Erst kürzlich wurden Informationen über geplante Anschläge auf den Innenminister und des Staatssicherheitsminister publik. Der Vorfall rund um dieses Haus dürfte ein erster Versuch der Drahtzieher in der Ukraine sein, Igor Kornet auch ohne Waffen zum Schweigen zu bringen – Anm. d. Übers.)

de.sputniknews.com: CIA tarnte seine Viren und Hacks als Programme von Kaspersky Lab – WikiLeaks

Der amerikanische Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) hat einen Code entwickelt, um seine eigenen Viren so zu tarnen, dass diese wie Produkte anderer Firmen und Organisationen aussehen - wie etwa der russischen IT-Firma „Kaspersky Lab“, schreibt die Investigativ- und Enthüllungsplattform WikiLeaks.

Nach Angaben der Plattform trug das Hacking-Instrument die Bezeichnung Hive. Seine Aufgabe soll darin bestanden haben, die CIA-Viren und Hacking-Programme effektiv zu

tarnen.

Selbst wenn diese beispielsweise durch Antivirenprogramme aufflogen, konnten sie nicht als CIA-Produkte identifiziert werden.

Laut WikiLeaks erlaubt es Hive, Virenprogramme unter verschiedenen öffentlich zugänglichen Domänen anzeigen zu lassen, sodass dies zunächst keinen Verdacht erweckt. Später würden Informationen, die durch die CIA-Programme ergattert worden seien, allerdings weiter an die Datenbanken des Geheimdienstes weitergeleitet.

Dabei sollen die Authentifizierungszertifikate der CIA Codes, die von anderen Organisationen und Unternehmen genutzt werden, imitieren. Unter anderem meldet WikiLeaks drei Fälle, wo das CIA-Instrument eindeutig Zertifikate der Kaspersky Lab imitiert hatte.

WikiLeaks hatte zuvor ein neues Projekt unter dem Namen Vault 8 gestartet. Die Veröffentlichungen der Plattform beinhalten unter anderem den Quellcode der CIA sowie die Analyse der Programme des US-Geheimdienstes.

Einige dieser Programme wurden bereits früher auch in dem Vorgängerprojekt, dem Vault 7, erwähnt.

Vault 7 wurde am 7. März gestartet. In seinem Rahmen wurden mehr als 8.700 geheime CIA-Dokumente aus einem Hochsicherheits-Netzwerk veröffentlicht.

Die veröffentlichten Unterlagen enthielten einen Überblick über das geheime Hacking-Arsenal der CIA, welches das gezielte Ausnutzen von Schwachstellen in Systemen (sogenannte Zero-Day-Exploits) ermöglichte.

Das US-Ministerium für innere Sicherheit (United States Department of Homeland Security – DHS) hatte am 13. September mitgeteilt, dass alle Staatsbehörden der USA sich innerhalb von drei Monaten darauf vorbereiten sollen, Software-Produkte der russischen Cybersicherheitsfirma Kaspersky Lab aus ihrer Nutzung zu entfernen. Begründet wurde die Entscheidung mit dem Verdacht, dass der Software-Hersteller eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle.

Das Unternehmen wies die Anschuldigungen als „haltlos“ zurück und forderte Beweise für die angebliche Unterstützung der russischen Regierung bei der Suche nach amerikanischen Geheimdokumenten

vormittags:

de.sputniknews.com: **USA wollen 20.000 UN-Friedenssoldaten im Donbass stationieren** — Medien

Die USA haben vor, Russland einen Plan zur Stationierung von 20.000 internationalen Friedenssoldaten im Donbass vorzuschlagen. Dies berichtet „The Wall Street Journal“ unter Berufung auf eigene Quellen.

Nach Informationen des Blattes wollen die Amerikaner diese Idee in den kommenden Tagen mit den russischen Kollegen erörtern. Dieser Vorschlag sei die Antwort auf Russlands Initiative zur Stationierung einer UN-Blauhelmenmission im Donbass, die im September im UN-Sicherheitsrat vorgeschlagen worden war.

Einige westlichen Länder, einschließlich Deutschlands und Frankreichs, haben der Zeitung zufolge zudem die Hoffnung bekundet, dass der russische Präsident Wladimir Putin tatsächlich einen Ausweg aus der Ukraine-Krise finden wolle.

Das Weiße Haus wollte den im „Wall Street Journal“ veröffentlichten Artikel nicht kommentieren.

Zuvor hatte der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, mitgeteilt, dass das US-Außenministerium die russische Initiative zur Stationierung einer UN-Friedenstruppenmission im Donbass interessant finde.

Präsident Putin hatte im vergangenen September angekündigt, das russische Außenministerium werde dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution über die Stationierung von UN-Friedenssoldaten in der Ost-Ukraine vorlegen. Die UN-Blauhelme sollen sich Putin zufolge nur an der Trennungslinie ausschließlich zum Schutz der OSZE-Mission befinden. Die Lösung dieser Frage werde aber erst nach dem Rückzug der schweren Technik und unter Bedingung eines direkten Kontakts mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk möglich sein.

Ukrinform.ua: WSJ: USA werden Russland Plan zur Stationierung von 20000 Friedenssoldaten im Donbass vorschlagen

Die amerikanische Regierung bereite sich darauf vor, in naher Zukunft Russland einen Plan zur Stationierung von 20000 Friedenssoldaten in den besetzten Gebieten von Donbass vorzuschlagen, meldet The Wall Street Journal unter Berufung auf diplomatische Quellen. Es werde laut dem Bericht erwartet, dass die Vereinigten Staaten den russischen Beamten den Vorschlag in den kommenden Tagen machen werden.

Dies sei durch die Hoffnung einiger westlicher Länder, insbesondere Frankreichs und Deutschlands, begründet, dass der russische Präsident Wladimir Putin nach dem Ausweg aus der Situation mit der militärischen Unterstützung der Terrormilizen im Donbass sucht. Früher wurde berichtet, dass das neue Treffen des US-Sonderbeauftragten für die Ukraine, Kurt Volker, mit dem Assistenten des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladislaw Surkow, am 13. November in Belgrad stattfindet.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **elfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Frunse, Logwinowo, Kalinowka, Sokolniki, Krasnyj Liman, Losowoje, Rajewka und Shelobok**. Geschossen wurde mit 120mm und 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Putin über „Kratzer“ auf russischen Doping-Proben: „Wer hat sie denn angekauft?“

Laut Russlands Präsident Wladimir Putin, können Kratzer auf den Proben russischer Sportler nicht von einem Doping-Betrug nach den Olympischen Spielen 2014 zeugen.

Die Hauptthese bei den Vorwürfen gegen Russland bestünde darin, so Putin, dass auf vielen Behältern mit Proben russischer Sportler angeblich Kratzer gefunden worden seien, die von einem Doping-Betrug zeugen sollen.

„Nach der Olympiade in Sotschi haben wir all diese Proben buchstäblich in wenigen Wochen – in zwei oder drei Monaten – auf Anweisung des Internationalen Olympischen Komitees, im Grunde genommen auch unter Kontrolle d

Die Übergabe sei protokollarisch verlaufen, auch seien „keine Bemerkungen vor oder nach“ der Übergabe geäußert worden. Erst nach zwei oder drei Jahren Aufbewahrung seien Fragen gestellt worden, ob nun die Proben möglicherweise manipuliert worden seien.

„Was hat man mit ihnen dort denn angestellt? Hat sie dort jemand gekratzt oder angekauft? Das wissen wir nicht“, betonte Putin.

Dabei habe Russland bereits alle Forderungen der Welt-Anti-Doping-Agentur erfüllt, eine

gesellschaftliche Anti-Doping-Institution gegründet und das ganze System von staatlichen Behörden der Moskauer Lomonossow-Universität übergeben.

Es würden sich Berichte häufen, dass russische Sportler möglicherweise zur bevorstehenden Olympia im südkoreanischen Pyeongchang nicht zugelassen werden. Dennoch seien russische Sportler nie zu den Ermittlungen „dieser Geschichten“ herangezogen worden.

„Das ist natürlich eine Sache, die man aufklären muss“, meinte der Präsident. Eigentlich sollte nämlich das Zivilgericht für solche Fälle zuständig sein.

Am 12. September hatte die WADA angekündigt, 95 der ersten 96 untersuchten Fälle von angeblich gedopten russischen Athleten aus dem Bericht von Ermittler Richard McLaren nicht mehr zu verfolgen. Die verfügbaren Beweise seien unzureichend, um zu behaupten, dass diese 95 Athleten gegen die Anti-Doping-Richtlinien verstoßen hätten.

Der kanadische Anwalt Richard McLaren hatte 2016 eine zweiteilige Ermittlung im Auftrag der WADA vorgestellt. Danach sollen in Russland zwischen 2011 und 2015 mehr als 1000 Sportler von Doping-Vertuschungen profitiert haben, darunter bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi. Im Oktober werden die Ergebnisse erwartet. Im Anschluss sollen gegebenenfalls Sanktionen verhängt werden. Die WADA hatte bis zuletzt einen Ausschluss der russischen Mannschaft von den Olympischen Winterspielen 2018 in Pyeongchang gefordert

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 24 Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 15 Ortschaften der Republik mit Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: „Menschenfressende Deadline“: RT-Chefin nennt US-Forderungen „diskriminierend“

Das US-Justizministerium fordert, dass RT sich bis zum 13. November als Auslandsagent registriert. Dazu äußert sich nun die Chefredakteurin des russischen TV-Senders, Margarita Simonjan.

Simonjan bezeichnet die von den USA gesetzte Deadline als „menschenfressend“ — sollte der Sender Washingtons Forderungen nicht nachkommen, drohe RT die Sperrung aller Konten.

Der Sender sei unterdessen bereit, gegen die US-Forderungen vor Gericht zu ziehen, so Simonjan.

„Wir glauben, dass diese Forderung nicht nur der Verfassung widerspricht (...). Diese Forderung ist diskriminierend, sie widerspricht sowohl den Prinzipien der Demokratie als auch den Prinzipien der Meinungsfreiheit“, erklärte die RT- und Sputnik-Chefin.

Die USA versuchen seit Monaten, die Arbeit des russischen TV-Senders RT maximal zu erschweren. Das US-Justizministerium hatte bereits Anfang September RT America dazu verpflichtet, sich als „ausländischer Agent“ registrieren zu lassen, nun auch eine Deadline festgesetzt.

Die sozialen Netzwerke Facebook und Twitter hatten sich zuvor dazu verpflichtet, dem US-Senat Angaben über Accounts, die mit Russland politisch verbunden sein könnten, bereitzustellen. Auch Facebook hatte seine Regelungen zur politischen Werbung verschärft. Twitter erklärte sich derweilen sogar dazu bereit, die Werbung der RT- und Sputnik-Accounts zu blockieren.

So hatte der Kurznachrichtendienst angegeben, allein in 2016 über 200 Accounts blockiert zu haben, die angeblich mit russischer Wahleinmischung in Verbindung stehen könnten.

Ebenfalls wurde erklärt, dass RT etwa 274.000 US-Dollar für politische Werbung auf Twitter ausgegeben haben soll.

Zuletzt war berichtet worden, dass der US-Senat in dem Entwurf des Militärhaushalts 2018 vorschlägt, die Verbreitung von „staatlichen russischen Video-Inhalten“ möglichst einzuschränken. US-Medien und Vertreter der Demokratischen Partei beschuldigen Russland seit längerer Zeit, Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen 2016 durch Sozialnetzwerke unterstützt zu haben.

Dabei wurden bislang keine konkreten Beweise für diese Behauptung vorgelegt. Russland weist die Beschuldigungen als „absolut unbegründet“ zurück. Zahlreiche russische Experten sehen das Verfahren zur angeblichen russischen Einmischung derweil als einen Beweis für System-Probleme in der amerikanischen Politmaschine

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass in den letzten 24 Stunden die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 24 betrug. Das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen und des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen... (es folgt eine detaillierte Aufzählung aller Geschosse - Anm. d. Übers.) In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 676.

de.sputniknews.com: Außenminister Polens verspricht Ukraine „reale Probleme“
Die Ukraine kann in nächster Zeit „reale Probleme“ bekommen, wie der polnische Außenminister Witold Waszczykowski im Gespräch mit der Zeitung „Nasz Dziennik“ mitteilte.

„Wir haben immer noch Geduld, aber die anderen europäischen Länder wie Ungarn und Rumänien fangen schon an, offen gegen die ukrainischen Interessen anzugehen. Im Dezember zum Beispiel wird das Treffen der NATO-Ukraine-Kommission auf Außenministerebene wegen des Vetos Ungarns nicht erfolgen, stattdessen wird ein ähnliches Treffen mit Georgien stattfinden“, so Waszczykowski. „Wir versuchen, den Ukrainern zu erklären, dass sie reale Probleme bekommen könnten und nicht unbedingt von polnischer Seite her. Aber Polen kann helfen, diese Probleme zu lösen. Wir werden sehen, wie sie darauf reagieren.“

Der Außenminister hat auch betont, dass Warschau die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) der polnischen Armia Krajowa (AK) nie gleichstellen werde.

Es sei dokumentiert worden, dass die UPA auf Gebieten, wo es Krieg mit den Nazi-Okkupanten gegeben habe, eine Politik der Bevölkerungsvernichtung betrieben habe. Die AK habe eine solche Politik nie betrieben, erklärte Waszczykowski.

Am 14. Oktober, dem ukrainischen Tag des Verteidigers des Vaterlandes, hatte Poroschenko erklärt, die Heldentaten der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) würden immer ein Vorbild für die Ukrainer sein. Bekanntlich hatten Kämpfer der UPA im Zweiten Weltkrieg einen Völkermord an mehr als 100.000 polnischen Zivilisten in Wolhynien und Ostgalizien begangen

lug-info.com: Gratulation des Innenministers der LVR Igor Kornet zum Tag des Mitarbeiters der Staatsorgane für innere Angelegenheiten

Sehr geehrte Kollegen und Veteranen der Organe für innere Angelegenheiten! Meine Kampfgenossen!

Ich gratuliere Ihnen zum Berufsfeiertag: Zum Tag der Polizei und zum 100. Jahrestag ihrer

Gründung (im Lugansker Land)!

Die ganze hundert Jahre lange Chronik des Rechtsschutzsystems des Lugansker Lands ist eine durchgängige Liste von Beispielen von Treue zur dienstlichen Pflicht. Die Heldentaten der Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane, die in Kriegs- und Friedenszeiten zum Preis ihres eigenen Lebens die gesetzlichen Rechte und Interessen der Bürger verteidigt haben und weiter verteidigen, sind das Fundament, auf dem die Nachkommen weiter die heutige Geschichte der Miliz, jetzt der Polizei, aufbauen müssen.

Heute steht die Polizei der LVR fest auf der Wacht zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und der nationalen Sicherheit, sie erfüllt ihre Aufgabe zum Schutz der Gesellschaft und des Staates zuverlässig. Und das vereinte Regiment des Ministeriums, so bin ich überzeugt, ist bereit, den heldenhaften Namen der Lugansker Rechtsschützer wieder mit Ruhm zu bedecken.

Bei der Miliz, und jetzt bei der Polizei, war es niemals einfach. Für Sie ist der polizeiliche Alltag, gefüllt mit alarmierenden Anrufen, schlaflosen Dienstnächten, Fahrten zum Ort des Geschehens normal. Sie tragen mit Ehre Ihr schwieriges und gefährliches Schicksal. Ich wünsche Ihnen, meinen Kollegen und Kampfgefährten, und Ihnen, unseren Lehrern, eine starke Gesundheit, Wohlergehen und weitere Erfolge im Dienst. Frieden und Gutes Ihnen, Ihren Verwandten und Freunden!

de.sputniknews.com: Monatsbilanz: Russische Militärs beenden Schulung von 600 syrischen Soldaten

Russische Militärs haben innerhalb eines Monats mehr als 600 syrische Soldaten in einem Ausbildungszentrum in Latakia geschult, wie ein russischer Militärberater gegenüber russischen Journalisten mitteilte.

„Heute haben die Berater der russischen Streitkräfte auf diesem Stützpunkt einen Unterricht im Schießen durchgeführt. Es wurde aus 120-Millimeter-Granatwerfern, lafettierten automatischen Granatwerfern und Panzerbüchsen geschossen“, sagte der Berater.

Die syrischen Militärs sollen alle Aufgaben erfolgreich erfüllt haben.

Innerhalb des letzten Monats haben ihm zufolge mehr als 600 syrische Soldaten die Militärausbildung im Zentrum abgeschlossen. Sie sollen nun in den Südosten des Landes geschickt werden, um dort den Kampf gegen Terroristen fortzusetzen.

Lug-info.com: Im Innenministerium der LVR werden die anonymen telefonischen Mitteilungen über eine Sprengereinrichtung im Gebäude des Innenministeriums überprüft. Dies teilte das Zentrum zur Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit des Ministerium mit.

„Derzeit ist das Gebiet des Ministeriums umstellt, alle Einrichtungen werden von Spezialisten und Polizisten mit Hunden überprüft“, heißt es in der Mitteilung. „Die Mitarbeiter des Innenministeriums der LVR befinden sich auf ihren Arbeitsplätzen. Das Innenministerium der LVR arbeitet normal“.

Ein anonymer Anruf über eine Verminung ist auch bei der Kommandantur der Volksmiliz der LVR eingegangen. Diese Information wird ebenfalls überprüft.

Heute wird in der LVR der Tag des Mitarbeiters der Staatsorgane für innere Angelegenheiten begangen.

de.sputniknews.com: Duma-Chef: Beschränkungen für US-Medien kommen nächste Woche
Der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, hat den Ausschuss für Informationspolitik damit beauftragt, eine Antwort auf den US-Druck auf den russischen TV-Sender RT vorzubereiten.

Laut Wolodin sollen die Gegenmaßnahmen „den russischen Informationsraum vor Einmischung und Druck schützen“.

Die Staatsduma könne die Beschränkungen für die US-amerikanischen Medien schon in der nächsten Woche verhängen: „Es ist anzunehmen, dass wir das Gesetz in drei Lesungen bis Ende der Woche verabschieden können“, sagte Wolodin am Freitag gegenüber den Journalisten.

Der Duma-Chef hat auch daran erinnert, dass das russische Gesetz über ausländische Agenten nicht für die Medien gelte, während die USA vorhaben, ihr ähnliches Gesetz in Bezug auf RT America und die Nachrichtenagentur Sputnik anzuwenden.

„Wir haben uns nicht auf diese Schritte eingelassen, wir dachten, dass die Meinungsfreiheit eine wichtige Errungenschaft sei, und wir hielten in Bezug auf alle Medien an dieser Regel fest“, betonte Wolodin.

Die USA versuchen, die Arbeit von RT und Sputnik maximal zu erschweren. Zuvor hatte der US-Senat in dem vereinbarten Entwurf des Militärhaushalts 2018 einen Vorschlag unterbreitet, die Verbreitung von „staatlichen russischen Video-Inhalten“ einzuschränken....

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In der letzten Woche wurden in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte Übungen für Spezialisten zur Reparatur und Wartung von Fahrzeugtechnik und Übungen mit Unteroffizierspersonal von Aufklärungseinheiten durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden **24 Verletzungen** des Regimes der Feueinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Panzer, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** wurden 33 Mörsergeschosse des Kalibers 20 und 82mm abgeschossen und fünf Schüsse mit Panzern abgegeben.

In Richtung Mariupol hat der Gegner 27 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf **die Gebiete von vier Ortschaften abgeschossen.**

In Richtung Gorlowka wurde **Sajzewo** mit Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 263 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 2154 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **24 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb ein ziviler Einwohner und fünf wurden verletzt.** 13 Häuser im Kiewskij-Bezirk von Donezk, ein Haus in Trudowskije und je ein Haus in Sajzewo und Krutaja Balka erlittne Zerstörungen. Bei der Verteidigung der Republik **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR und zwei wurden verletzt.**

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im Einzelnen:

12 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

7 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
14 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;
14 120mm-Mörser.

Außerdem wird das Fehlen von schweren Waffen an den Lagerorten in den Berichten der OSZE-Mission festgehalten:

38 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;
3 85mm-Antipanzergeschütze D-48;
23 152mm-Haubitzen „MSTA-B“;
15 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;
6 122mm-Haubitzen D-30;
27 120mm-Mörser.

In der letzten Woche hat der Feind weiter die von der kriminellen Regierung Kiews aufgebaute Politik des Terrors gegenüber friedlichen Einwohnern unserer Republik umgesetzt. Im Zusammenhang damit sammeln wir weiter Daten über Kriegsverbrechen der ukrainischen Streitkräfte. Derzeit sind uns die **Namen der Funktionsträger** bekannt, die die Entscheidungen bezüglich der massiven Beschüsse von Donezk und in der Nähe liegender Ortschaften am 5. November 2017 gefasst haben, in deren Folge zivile Einwohner verletzt und zivile Infrastruktur beschädigt wurde:

der Kommandeur der „ATO“ Generalleutnant M. W. Sabrodschij (seit 10 Tagen im Amt);
der Kommandeur der 25. Luftlandebrigade Oberst O. W. Sintschenko;
der Kommandeur des 25. Panzergrenadierbataillons „Kiewskaja Rus“ der 54. mechanisierten Brigade Oberst E. A. Lawrow;
der Kommandeur des 42. Panzergrenadierbataillons „Ruch oporu“ der 57. Panzergrenadierbrigade Major I. M. Stepanow;
der Kommandeur der 1. Haubitzenabteilung der 55. Artilleriebrigade – dessen Identität wird noch ermittelt, im Zusammenhang damit bitten wir die Einwohner der Ukraine, uns dabei zu unterstützen.

Dabei wurden vom Gegner **inszenierte Videos** erstellt und veröffentlicht, um die ukrainische Öffentlichkeit in die Irre zu führen und die Handlungen der ukrainischen Streitkräfte zu rechtfertigen.

Unterstützung bei der Erstellung der Videos leistete der Journalist des Fernsehsenders ICTV Wladimir Michajlow, der sich zu dieser Zeit „zufällig“ im Verantwortungsbereich der 25. Luftlandebrigade befand. Übrigens ist gerade durch ihn die Information über die ukrainischen Einheiten, die am Beschuss von Donezk beteiligt waren, durchgesickert. Dabei haben gemäß den Informationen von Michajlow Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auch auf die eigenen Positionen im Gebiet von Awdejewka geschossen.

Für den inszenierten Charakter der vom „Militärfernsehen“ veröffentlichten Videos mit Beweisen über die Beteiligung der Streitkräfte der DVR an Beschüssen des Gebiets von Opytnje und der Umgebung von Awdejewka sprechen folgende Tatsachen:

- erstens die rechtzeitige Anwesenheit eines Qudarokopters über dem angegebenen Gebiet, der angeblich einen Beschuss auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte mit Grad-Systemen aufnahm;
- zweitens die Mimik und das Verhalten der Interviewten, die völlig wirklichkeitsfremd über einen Beschuss von den Positionen der Streitkräfte der DVR aus berichten;
- drittens die Demonstration künstlich geschaffener Krater, die denen durch reale Detonationen von Geschossen entstandenen nicht ähnlich sind;
- viertens das Fehlen von massenhaften Zerstörungen und großen Verlusten unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte durch die angegebene Anzahl der von unseren Positionen aus abgeschossenen Raketengeschossen.

So ist dies nicht anderes als ein Abenteuer des Kommandos der „ATO“, das die Wahrheit über die Detonation von Munition in einem Lager der ukrainischen Streitkräfte verheimlichen wollte. Aber drei Tage später haben Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der ukrainischen Seite den Vorfall im Lager der ukrainischen Streitkräfte bestätigt. Allerdings wurde die Mitteilung nach 12 Stunden wieder von der Seite des Pressedienstes des Stabs der „ATO“ entfernt.

Unsere Aufklärung stellt weiter ein Sinken des moralisch-psychischen Zustands und der militärischen Disziplin der ukrainische Soldaten fest sowie aus diesen Gründe ein Anwachsen der Kriminalität in den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde der Ukraine.

Allein im Oktober 2017 hat sich die Zahl der Selbstmorde, Desertionen und der Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils bei den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte um 30-45% im Vergleich zum September erhöht!

Nur die von unserer Aufklärung bestätigten Fälle betragen im Oktober:

- Selbst morde - 18 (36. Marineinfanteriebrigade, 1039. Flugabwehrraketenregiment, 72. mechanisierte Brigade, 1129. Flugabwehrraketenregiment der ukrainischen Streitkräfte);
- Desertion (Verlassen der Positionen) – 68 (28. mechanisierte Brigade, 53. mechanisierte Brigade, 128. Gebirgsjägerbrigade, 36. Marineinfanteriebrigade);
- eigenmächtiges Verlassen des Truppenteils – 201 (12. Panzergrenadierbataillon „Kiew“, 58. Panzergrenadierbrigade, 56. Panzergrenadierbrigade, 10. Gebirgssturmbataillon, 72. mechanisierte Brigade, 59. Panzergrenadierbrigade).

Dabei berichten die Kommandeure der Truppenteile über die genannten Fakten nicht rechtzeitig oder gar nicht, was dafür spricht, dass der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte und die Stäbe der Vereinigungen kein wirkliches Bild von der realen Zahl derjenigen haben, die die Truppenteile verlassen haben.

Die Tatsache darf nicht außer Acht gelassen werden, dass bei einer Mehrheit der Soldaten, die Selbstmord begangen oder den Truppenteil oder die Position verlassen haben, von militärärztlichen Kommissionen **psychische Abweichungen** festgestellt wurden. Ja, die militärische Führung der Ukraine kann als Antwort darauf mitteilen, dass jetzt Herbst ist, eine Zeit der Anspannung bei psychisch nicht ausgeglichenen Menschen. Aber sie können nicht darauf antworten, warum diese Bürger sich überhaupt mit Waffen in der Hand in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte befinden können?! Sie schießen bei Anfällen nicht nur auf Städte und Bezirke unserer Republik, sondern auch auf ihre Kameraden und Zivilisten auf von der Ukraine selbst kontrolliertem Territorium!

Ein Beispiel dafür ist ein Fall im 1129. Flugabwehrraketenregiment, wo am 15. Oktober 2017 der Vertragssoldat Ju. S. Martynenko nach gemeinsamen Alkoholgenuss auf die Bürgerin K. M. Ljubarj schoss, die mit Schusswunden an der Hand und am Bein ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Der Soldat selbst erschoss sich.

Und Soldaten eines Flugabwehrraketenregiments haben im übrigen nicht nur einfach Schusswaffen in der Hand, sondern Komplexe, die in der Lage sind Flugzeuge abzuschießen. Darunter auch zivile.

Insgesamt betragen im Oktober die nicht kampfbedingten tödlichen Verluste in der „ATO“-Zone 85 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. 21% von ihnen sind Selbstmorde, 75% erfolgten, als die Opfer betrunken waren.

Eine bemerkenswerte Tatsache bleibt auch der **Grad der Kriminalität** unter den Soldaten der Nationalgarde der Ukraine, die Aufgaben als „Sperrereinheiten“ in der Zone der sogenannten ATO ausüben.

Nach der Veröffentlichung von Fällen, wo Nationalisten aus dem Bataillon „Aratta“ an der vollständigen Übernahme und Leitung des Drogenhandels in Mariupol beteiligt sind,

begannen bei uns interessante Fakten auch über das Bataillon der Nationalgarde der Ukraine „Asow“ einzugehen.

Nach Angaben von örtlichen Einwohnern haben die „Asower“ den Taximarkt in Mariupol vollständig übernommen. Derzeit gibt es ein System von Tarifen für die Arbeit von Taxifahrern in der Stadt sowie für den Erhalt von Passiererlaubnissen an Checkpoints, die diesen Nationalgardisten kontrolliert werden. Alle Fragen, die einen problemlosen Verkehr in der Zone der sogenannten „ATO“ betreffen, werden nur über das Bataillon „Asow“ gelöst. Vertreter der Nationalpolizei schenken Fällen von solchen Verbrechen keine Aufmerksamkeit, dafür leisten die Nationalgardisten der Polizei bewaffnete Hilfe bei der Schutzgelderpressung bei örtlichen Märkte und Geschäften.

de.sputniknews.com: **„Unannehmbar“: Polens Präsident Duda über feindliche Signale aus Ukraine**

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat die aus der Ukraine kommenden polenfeindlichen Signale als unannehmbar bezeichnet, schreibt die polnische Zeitung „Dziennik Gazeta Prawna“.

„Von ukrainischer Seite aus kommen negative Signale, die für mich als Präsident der Republik Polen unannehmbar sind. Ich kann dem nicht zustimmen, dass Personen, die leitende Posten in der Ukraine bekleiden, Ansichten propagieren, die faktisch antipolnisch sind“, zitiert die Zeitung den Staatschef.

Duda kündigte an, das ukrainische Charkow und die dort befindlichen polnischen Gräber besuchen zu wollen.

Zuvor hatte Duda den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko aufgerufen, Personen mit antipolnischen und nationalistischen Ansichten nicht in wichtige politische Ämter in der Ukraine einzusetzen.

Ukrinform.ua: Duda: Polen unterstützt europäische Sanktionspolitik gegen Russland
Warschau unterstütze Sanktionen gegen Russland und der Dezember-Besuch in der Ukraine sei eng mit dem Krieg im Osten der Ukraine und neuen Verpflichtungen Polens als nicht-ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 2018-2019 verbunden, erklärte heute im polnischen katholischen Radio der polnische Präsident Andrzej Duda, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus Polen.

„Wir können das (den Krieg im Osten der Ukraine – Red.) nicht außer Aufmerksamkeit lassen. Daher unterstützen wir die europäische Sanktionspolitik, erklären die Unterstützung der Ukraine“, sagte Duda.

Er betonte, dass Polen im Laufe der Jahre 2018-2019 nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates sein wird, wo die Frage des Friedens in der Ukraine auf der Tagesordnung stehen wird.

Duda sagte auch, er hätte gern, dass die Beziehungen Polens mit der Ukraine besser werden. Er stellte fest, dass man daran „arbeiten muss“, aber man darf nicht auf die Situation außer Acht lassen, wo „die historische Wahrheit aberkannt wird“.

„Wir können nicht ignorieren, wenn jemand sagt, „nur die Zukunft ist wichtig“. Die Zukunft kann nicht ganz von dem abstrahiert werden, was war, sie kann nicht ganz von der Geschichte abstrahiert werden“, sagte Duda.

de.sputniknews.com: **Ukraine - plötzlich von Feinden umzingelt**

Nach Ungarn und Rumänien haben auch Polen und Serbien ihre Beziehungen zur Ukraine verschlechtert, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Budapest und Bukarest äußerten ihren Protest gegen die Sprachnormen des von der Obersten Rada (Parlament) in Kiew im September verabschiedeten neuen Bildungsgesetzes. Belgrad zeigte sich empört über die barschen Äußerungen des ukrainischen Botschafters in Serbien. Der Konflikt mit Polen hängt mit der unterschiedlichen Deutung der historischen Vergangenheit zusammen. Widersprüche gab es immer, jetzt jedoch ist die Situation am Rande eines Eklats.

Für Kiew sind vor allem die Beziehungen zu Warschau wichtig, das lange als Anwalt der Ukraine in Europa galt. Zuvor hatten polnische Behörden sogar eine Initiative über den Beitritt zu Verhandlungen zur Regelung des Konfliktes im Donezbecken gestartet. Der Vorschlag wurde aber nicht angenommen.

Der ukrainische Politologe Pjotr Oleschtschuk schrieb in den Sozialen Netzwerken, dass „die Ukraine für Polen eine Pufferzone zwischen Polen und Russland ist“. Darauf basiere die Unterstützung Kiews durch Warschau. „Es ist sicherer, mit Russland zu tun zu haben, wenn es zwischen ihnen die Ukraine gibt ...“.

Allerdings bleiben Kontroversen bei der Deutung der Geschichte bestehen – unter anderem in Bezug auf die Rolle der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA). Sie verschärfen sich seit dem vergangenen Jahr, als der polnische Sejm (Parlament) eine Resolution verabschiedete, die die Tragödie von Wolhynien als Genozid des polnischen Volkes wertete. Dieser Beschluss war die Antwort auf die offizielle Anerkennung der Organisation der ukrainischen Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee durch Kiew als Teilnehmer des Befreiungskampfes. 2016 wurden in der Ukraine Straßen und Plätze nach Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch benannt. In Polen gelten sie als Verbrecher, die an der Vernichtung der polnischen Bevölkerung in Wolhynien beteiligt waren.

Der polnische Außenminister Witold Waszczykowski sagte vor kurzem im TV-Sender TVP1: „Wir wissen, wie wichtig die Ukraine aus geopolitischer Sicht für uns ist. Doch die Ukrainer kennen die Bedeutung ihres Landes für unsere Sicherheit und meinen, dass die Fragen, die uns trennen, darunter historische, deswegen in den Hintergrund treten sollen.“

Gerade Waszczykowski setzte die historischen Widersprüche auf die Tagesordnung. Im Sommer unterstützte er den Chef der regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ Jaroslaw Kaczynski, der sagte, dass die Heroisierung der Anführer ukrainischer Nationalisten die Eurointegration der Ukraine verhindern kann. „Mit Bandera wird die Ukraine nicht der EU beitreten“, so Waszczykowski.

Kiew reagierte darauf scharf, indem daran erinnert wurde, dass die Ukraine mit Hunderten und Tausenden Menschenleben für ihre außenpolitische Wahl, die EU-Integration zahlt (auch dafür, „keine russischen Truppen in Polen und anderen EU-Länder zuzulassen“).

Dieses Argument ist jetzt auch im Eklat zwischen der Ukraine und Serbien zu hören, der nach dem Interview des ukrainischen Botschafters Alexandr Alexandrowitsch mit der Zeitung „Balkan Insight“ entflammte. Er kritisierte die Tatenlosigkeit Serbiens, das die Augen vor der Tatsache verschließe, dass seine Staatsbürger im Donezbecken (auf der Seite der Volksrepubliken) gegen die Ukraine kämpfen, und nichts dagegen unternahme, dass Russland Serbien nutze, um Europa zu vernichten.

Dieser Eklat entwickelte sich vor dem Hintergrund der zuvor aufgekommenen Skandale, die von Ungarn und Rumänien verursacht wurden. Die Führung dieser Länder meint, dass das neue ukrainische Bildungsgesetz die Rechte der nationalen Minderheiten verletzt. Dabei geht es darum, dass alle ukrainischen Schulabsolventen die Amtssprache (Ukrainisch) kennen sollen, wobei der Unterricht in den meisten Fächern auf Ukrainisch erfolgen soll. In den Sprachen der nationalen Minderheiten werden separate Fächer abgehalten

Der Europarat plane in der Ukraine, ab 2018 ein Projekt zum Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten einzuleiten, erklärte im Kommentar für den Korrespondenten von Ukrinform die stellvertretende Vorsitzende des Büros des Europarates in der Ukraine, Olena Lytwinenko.

„Natürlich werden wir uns bemühen, dass es (Projekt) so bald wie möglich in Angriff genommen wird. Es gibt bestimmte Verwaltungsverfahren... Mir fällt es schwer, es genau zu sagen, aber ich denke, dass das Projekt zum Frühling hin seine Arbeit beginnt“, sagte Lytwinenko.

Ihr zufolge sieht das Projekt die Herausgabe von Lehrbüchern in den Sprachen der nationalen Minderheiten, Konsultationen auf regionaler Ebene, einen ständigen Dialog mit Vertretern der nationalen Minderheiten über sprachliche Fragen und wichtige Reformen in der Ukraine vor.

„Im Laufe der ersten Monate des Jahres 2018 werden die Hauptrichtungen der Umsetzung des Projektes bestimmt... Ich glaube nicht, dass es Pilotregionen haben wird, ich denke, es wird allukrainisch sein“, unterstrich sie.

Mptdnr.ru: Heute wurden zehn Busse der Marke „Donbass“, die in der DVR beim staatlichen Unternehmen „Donezkgormasch“ montiert werden, wurden heute an das städtische Transportunternehmen Gorlowkas übergeben. Die neuen Fahrzeuge werden die Verkehrsverbindungen in den frontnahen Bezirken der Stadt absichern: Sajzewo, Oserjanowka, Michajlowka, Kondatrjewka.

An der festlichen Veranstaltung nahmen der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Dmitrij Trapesnikow, der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij, der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko teil.

„Am Anfang dieses Jahres wurde ein Monitoring des Bedarfs an öffentlichem Verkehr in den Städten und Bezirken der Republik durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass etwa 400 Busse fehlen. Das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko stellte die Aufgabe, die Produktion von Bussen in der Republik zu organisieren und die erste Partie von Fahrzeugen versprach er, Gorlowka zu übergeben“, sagte Dmitrij Trapesnikow.

Alexej Granowskij merkte an, dass auf Initiative des Oberhauptes der DVR in der Republik ein neues Gebiet des Maschinenbaus entwickelt wurde.

„Jetzt schaffen wir einen neuen Bereich im Maschinenbau, rüsten unsere Unternehmen um, und neben sozialen Aspekten erneuern wir damit den Buspark der Republik und erhöhen die Qualität des Passagierverkehrs. Es ist schön, dass die Fahrer, die lange Jahre gearbeitet und auf eine Erneuerung des Busparks gewartet haben, mit neuen Kräften und neuem Schwung am Steuer sitzen werden. Außerdem wussten die Arbeiter von „Donezkgormasch“, dass sie diese Busse für die Gorlowker montierten – die Einwohner einer Stadt des militärischen Ruhms, deshalb haben sie die Busse mit großer Liebe und besonderer Sorgfalt montiert. Ich bin überzeugt, dass sie lange dem Wohl der Stadt dienen werden“, sagte der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij.

In festlicher Atmosphäre überreichte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR Dmitrij Trapesnikow den Fahrern die Schlüssel der „Donbass“-Busse.

Der Bürgermeister Gorlowkas Iwan Prichodko dankte dem Oberhaupt der DVR für die Sorge um die Stadt.

„25 Jahre lang gab es in Gorlowka keinen kommunalen Busverkehr. Und jetzt, während des Kriegs, fand die Führung der Republik eine Möglichkeit, der Stadt zu helfen, den Busverkehr wieder aufzunehmen“, sagte Iwan Prichodko.



<http://mptdnr.ru/upload/000/u10/056/7b96d868.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen **80 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, mit Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, Panzern, Schützenpanzern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 1445 Geschosse abgeschossen. Im Vergleich zur letzten Woche hat die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 34 erhöht, aber bezüglich der abgeschossenen Geschosse hat sich die Intensität praktisch nichts geändert.

Im Verlauf der Woche wurden von den Kiewer Truppen die Gebiete von **Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje, Perwomajsk, Almasnaja, Donezkij, Frunse, Shelobok Prischib, Smeloje, Dolgoje Sokolniki, Krasnyj Liman, Snamenka, Slawjanoserbsk, Rajewka, Pionerskoje und das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor.**

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberstleutnant Drapatyj, der Kommandeur der 80. Luftsturmbriade Oberst Schworak.

In der letzten Woche hat die OSZE-Mission das Fehlen von Technik und Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten registriert: 17 Haubitzen (9 2S1 „Gwodika“ und 8 2S3 „Akazija“); sechs weitere Haubitzen, vier Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“; fünf

Mehrfachraketenwerfer.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurde bekannt, dass in der Nähe von Alexandrowka im Staniza-Luganskaja-Bezirk in einem Waldstück eine Basis liegt, die von Spezialeinheiten der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine mit insgesamt 30 Personen mit guter technischer Ausstattung bewacht wird.

In dieser Basis befindet sich eine **Aufklärungseinheit eines der Länder des NATO-Blocks**, deren Instrukteure Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ausbilden.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bilden örtliche Einwohner von Staniza Luganskaja und in der Nähe liegender Ortschaft im Sprengstoffwesen aus, diese werden sich nach der Ausbildung auf Vertragsbasis mit der Entminung alter Minenfelder und der Verminung neuer befassen.

Die Maßnahmen werden im Gebiet von Sisoje, Kamyschnoje, Gerassimowka, Krasnyj Derkul und Solotarewka durchgeführt.

de.sputniknews.com: Ukrainisches Öl setzt 30 Panzer in Pakistan außer Gefecht – Zeitung Motoröl aus der Ukraine soll 30 Kampfpanzer der pakistanischen Armee kampfunfähig gemacht haben. Nach Angaben der Zeitung Golos.ua hat sich das Öl, das die Pakistaner vom ukrainischen staatlichen Rüstungsexporteur Ukrspecexport gekauft hatten, als gepantscht erwiesen.

Das Malyschew-Werk Charkiw habe bereits 2016 den pakistanischen Streitkräften 30 Motoren geliefert, mit denen die Kampfpanzer des Typs Al-Khalid ausgestattet worden seien, schreibt Golos.ua. „Doch die Freude dauerte nicht lange: Die Panzer versagten einer nach dem anderen.“

Auf der Suche nach der Ursache hätten die pakistanischen Techniker zuerst die Motoren überprüft und befunden, dass diese intakt gewesen seien, hieß es. Eine weitere Ermittlung habe eine Korruptionsaffäre beim ukrainischen Rüstungsexporteur aufgedeckt.

In die Motoren der Panzer sei nämlich Öl der Marke Azmol Garant gegossen worden. Doch der einzige Hersteller dieser Marke habe sich von der Lieferung distanziert, schreibt das Blatt. Es habe sich herausgestellt, dass Ukrspecexport das Öl auf dem Schwarzmarkt gekauft habe. Das gepantschte Produkt habe sich die Staatsfirma jedoch doppelt so teuer vergüten lassen: 162.000 Hrywna je Tonne statt 80.000 Hrywna für Original-Öl.

Nach Angaben der Zeitung waren im September bei der 17. Panzerbrigade der Ukraine binnen weniger Tage 35 Panzer des Typs T-64 ausgefallen. Deren Motoren seien kurz davor im Werk Charkiw überholt worden



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31501/00/315010078.jpg>

de.sputniknews.com: **Attacke auf Sport: Man will Russland aus Olympia „exkommunizieren“**
Die USA setzen das Internationale Olympische Komitee (IOC) immer mehr unter Druck, um russischen Athleten den Weg zu internationalen Wettbewerben, insbesondere zu den Olympischen Spielen, zu versperren, schreibt die Zeitung "Rossijskaja Gaseta" am Freitag. In seiner Sitzung vom 5. bis zum 7. Dezember soll das IOC entscheiden, ob die russische Nationalmannschaft an den Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang teilnehmen darf oder nicht. Und je näher dieser Tag rückt, desto mehr baut Washington den Druck auf den IOC-Präsidenten Thomas Bach und seine Kollegen aus.

Vor Kurzem behauptete beispielsweise die "New York Times", ohne die Beschlüsse von zwei IOC-Sonderkommissionen abzuwarten, die sich mit dem möglichen Doping russischer Sportler beschäftigen, das IOC könnte die russische Staatshymne während der Spiele in Südkorea untersagen und das russische Team zur Eröffnungszeremonie nicht zulassen. Das IOC dementierte zwar diese Behauptungen, doch der Druck wird trotzdem immer größer. Es liegt auf der Hand, dass diese Kampagne gegen den russischen Sport letztendlich das Ziel verfolgt, die baldige Präsidentschaftswahl in Russland zu beeinflussen. In Übersee glaubt man offenbar, dass die Russen wegen der Enttäuschung über die mangelhaften Ergebnisse ihrer Sportler in den letzten Jahren auf einmal misstrauisch gegenüber ihren Machthabern werden. Aber das ist eine total falsche Logik, die mit der Realität nichts zu tun hat. Denn die USA und die EU haben schon vor drei Jahren die antirussischen Wirtschaftssanktionen verhängt, die zur Anspannung der gegenseitigen Beziehungen und zu Problemen bei der Lösung von globalen Problemen geführt haben – aber keineswegs zum Zusammenbruch des russischen Staates. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Amerikaner und ihre ideologischen Verbündeten jetzt um jeden Preis verhindern wollen, dass das russische Olympiateam nach Pyeongchang reist, möglicherweise dadurch, dass für die Russen Bedingungen geschaffen werden, unter denen sie selbst auf die Teilnahme an den Spielen verzichten. Aber dadurch erreicht man in Washington das Gegenteil. Es ist offensichtlich, wer am meisten an der Diskriminierung der russischen Sportler interessiert ist. Und das ist keineswegs das IOC

de.sputniknews.com: **Nach Befreiung der letzten IS-Hochburg: Wohin marschiert nun die**

syrische Armee?

Nach der Befreiung von Abu Kamal, der letzten Hochburg der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien, wird die syrische Armee ihrem Brigadegeneral Heitham Hassoun zufolge weiter gegen die auf ihrem Territorium gebliebenen Terroristen kämpfen.

Was die Richtung eines künftigen Schlages anbelange, so gebe es hier mehrere Varianten, sagte der General am Freitag bei einem Sputnik-Gespräch.

Erstens solle es sich um die Befreiung der Provinz Rakka handeln, die die Amerikaner mit den Händen der sogenannten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) besetzt hätten.

Als zweite Variante nannte er den Marsch in die Provinz Idlib. Höchstwahrscheinlich werde die Armee einen Einsatz in Rakka vornehmen, weil diese Stadt näher am jetzigen Dislozierungsstandort der syrischen Streitkräfte liege. Somit bestehe keine Notwendigkeit, zahlreiche Technik und Truppen über eine große Entfernung zu verlegen.

Auch die jüngsten Änderungen im Irak werden dem General zufolge zu einer erfolgreichen Durchführung der Operation in Rakka beitragen.

Nun kontrolliere Bagdad sowohl die Grenzen als auch die Kontrollpunkte, was bedeute, dass die Demokratischen Kräfte Syriens die syrisch-irakische Grenze nicht mehr frei passieren könnten.

„Zudem hat die irakische Regierung viele Gebiete, darunter unweit der Grenze zu Syrien, von den Terroristen befreit“, erinnerte Hassoun.

Dennoch bezeichnete der syrische Abgeordnete Walid al Zuubi im Sputnik-Gespräch die Provinz Idlib als höchstwahrscheinliche nächste Etappe der Anti-Terror-Operation.

„Obwohl sich in Idlib eine sogenannte Deeskalationszone befindet, kommt es dort oft zu Zusammenstößen. Die Situation wird auch dadurch erschwert, dass die Provinz an der Grenze zur Türkei liegt, die ihre Truppen ohne Erlaubnis dorthin verlegt hat.“

Nach Idlib werde das ganze Syrien binnen weniger Monate von den Terroristen befreit werden, so der Abgeordnete. Laut Al Zuubi strebt die syrische Regierung eine politische Konfliktregelung an, die Armee bahnt aber den Weg dazu.

„Jedes Mal, wenn die syrische Armee einen großen Sieg über die Terroristen erringt, wird eine internationale Syrien-Konferenz veranstaltet.“

Dan-news.info: „Zwischen 11:30 und 14:30 haben die ukrainischen Streitkräfte das Territorium des **Donezker Flughafens** und seine Umgebung, die Siedlungen **Oktjabrskij** im Norden und **Trudowskije** im Westen der Stadt, **Dokutschajewsk**, **Spartak**, **Losowoje**, **Shabitschewo**, **Jakowlewka**, **Oktjabrj** und **Sosnowskoje** beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Es wurde mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm und Mörsern geschossen.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Sicherheitsratschef droht Bürgern mit Erschießungen**

Alexander Turtschinow, Ex-Übergangspräsident und Chef des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, hat jenen Landsleuten, die mit Russland im Rüstungsbereich zusammenarbeiten, mit „Festnahme und Erschießung“ gedroht. In dieser Woche hat die ukrainische Regierung den Vertrag mit Russland über die gegenseitige Waffenlieferung formal beendet.

„Selbst wenn es auch nur einen Hinweis auf eine Zusammenarbeit geben sollte, die die Verteidigungsfähigkeit der Russischen Föderation verstärkt, den werden wir festnehmen und erschießen. Andere Optionen gibt es nicht“, sagte Turtschinow bei der Vorstellung einer neuen ukrainischen Drohne. Seine Ansprache wurde im ukrainischen Fernsehen gezeigt

Alexander Turtschinow war nach dem Kiewer Umsturz im Februar 2014 monatelang ukrainischer Interimspräsident. Unter ihm schickte die Regierung Truppen gegen die von den

Russischstämmigen dominierten Kohlebergbau-Gebiete Donezk und Lugansk (Donbass) im Osten der Ukraine. Der Konflikt, der Tausenden von Zivilisten das Leben gekostet hat, ist immer noch nicht beendet.

Turtschinow ist für seine anti-russischen Äußerungen bekannt. Im Juni drohte er mit einer „Einnahme Moskaus“. Zwei Jahre davor hatte er eingeräumt, dass die Ukraine „schmutzige Bomben“ bauen könnte



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31824/31/318243130.jpg>

ukrinform.ua: **Poroschenko: Wichtigster Erfolg der Reformen ist starke Armee**

Unser Haupterfolg seien die Streitkräfte der Ukraine, weil gerade sie eine Garantie der Sicherheit und der territorialen Integrität des Staates seien, erklärte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, auf dem Forum von Vertretern der Kommunen, die von der Partei „Block von Petro Poroschenko „Solidarität“ gewählt wurden, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. „In den letzten drei Jahren sind umfassende Reformen durchgeführt worden. Natürlich ist die allererste und wichtigste Reform, mit der ich mich befasst habe, die Sicherheit und Verteidigung des Staates, der Aufbau einer neuen modernen Armee“, sagte der Präsident. „Schauen Sie doch, welche Armee wir heute haben, wenn Sie die Parade zum 26. Jahrestag der Unabhängigkeit gesehen haben. Schauen Sie in die Augen unserer Krieger. Schauen Sie, wie sie bewaffnet, trainiert, ausgebildet, wie sie patriotisch sind. Und dies ist unsere wichtigste Errungenschaft, weil gerade die Streitkräfte der Ukraine die Garantie für unsere Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität sind“, hob Poroschenko hervor.

de.sputniknews.com: Aufsehen um „Zapad 2017“ absichtlich erregt – Verteidigungsminister Die westlichen Medien haben laut dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu absichtlich für das Aufsehen um die Militärübungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“) gesorgt, um die gestiegene NATO-Aktivität an den russisch-weißrussischen Grenzen zu verhüllen. Als Beispiel führte Schoigu die Tätigkeit der Allianz an ihrer Ostflanke an, darunter die gestiegene Anzahl der Militärübungen einschließlich des Übens eines Atomwaffeneinsatzes. Trotz „des planmäßigen Charakters und der defensiven Ziele von ‚Zapad 2017‘ waren seitens einiger unserer Partner ständig Anschuldigungen zu hören“, sagte der Verteidigungsminister. Schoigu hat auch betont, dass die NATO ihre Militärpräsenz in der Nähe der russischen

Grenzen ausbaue, regelmäßig umfangreiche Übungen abhalte und ihre Infrastruktur modernisiere. Solche Aktionen würden die Stabilität erschüttern und Russland zu Verteidigungsmaßnahmen zwingen.

„Wir wollen uns nicht in eine militärische Konfrontation mit dem Westen hineinziehen lassen und sind bereit, einen konstruktiven Dialog zu allen Sicherheitsproblemen zu führen, insbesondere zu jenen, die die globale Terrorbekämpfung angehen“, sagte Schoigu bei dem gemeinsamen Kollegium der russischen und weißrussischen Militärbehörden am Freitag. Der Verteidigungsminister hat auch betont, dass die Partnerschaft beider Länder dazu beitrage, die Fragen der Stärkung des Militärpotenzials erfolgreich zu lösen. Das sei jetzt – unter Bedingungen der komplexen militärpolitischen Lage – besonders aktuell.

An den Übungen „Zapad 2017“ nahmen vom 14. bis zum 20. September im Westen Russlands und in Weißrussland rund 12.000 Soldaten teil. Rund 70 Flugzeuge und Hubschrauber, 680 Kampfpanzer und weitere Kampffahrzeuge, fast 200 Geschütze, Raketenwerfer und Mörser sowie zehn Schiffe waren im Einsatz. Der Kreml betonte mehrmals, dass das Manöver nur einen defensiven Charakter habe und die Anheizung der Atmosphäre um diese Übungen eine pure Provokation sei

de.sputniknews.com: **Poroschenko: Jeder Ukrainer wird bald Ukrainisch sprechen**

In seinem Kommentar zur ukrainischen Bildungsreform hat Präsident Petro Poroschenko verheißen, dass jeder Ukrainer bald Ukrainisch sprechen werde.

„Es gibt noch eine wichtige Sache: Wir geben den Ukrainern die ukrainische Sprache zurück – von Kindheit an“, sagte Poroschenko laut dem TV-Sender „112 Ukraina“ am Freitag bei einem Forum von Ortsgemeinden in Kiew.

„So schützen wir die nationalen Minderheiten. Ukrainisch wird jeder Ukrainer sprechen. Möglichst sogar mehrere andere Sprachen. Da gibt es keine Probleme.“

Ende September hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, betont, dass das in der Ukraine in Kraft getretene Bildungsgesetz gegen die grundlegenden Prinzipien der Dokumente der Uno, der OSZE und des Europarates verstoße.

Im September hatte die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) einen Gesetzentwurf angenommen, mit dem radikale Veränderungen im Bildungssystem des Landes erfolgen sollen. Das neue Gesetz führt ein Verbot der Bildung in jeder Sprache außer Ukrainisch ein. Klassen mit Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten sollen nur noch bis 2020 in der Grundschule bestehen bleiben. Danach soll an allen Schulen nur noch in ukrainischer Sprache unterrichtet werden

dnr-news.com: **Sawtschenko wundert sich, warum Kiew tödliche Waffen im Donbass benötigt**

Die Angeordnete der Ukraine Nadeshda Sawtschenko trat gegen den Einsatz von Friedenstruppen im Donbass auf und gegen die Lieferung von tödlichen Waffen an Kiew. Dies sagte sie in einem Interview Journalisten am Rande der Obersten Rada.

Die ukrainische Politikerin hält die Friedensmission für eine halbherzige Maßnahme und zweifelt an ihrer Wirksamkeit.

„Ich unterstütze die Philosophie der Friedenstruppen nicht, weil es viele Beispiele gibt, wo sich internationale Konflikte gerade nach dem Einsatz von Friedenstruppen hinzogen und eingefroren wurden“, erklärte sie.

Nach Meinung der Parlamentarierin ist es mindestens seltsam, dass solche Fragen wie ein Blauhelmkontingent und tödliche Waffen gleichzeitig zu diskutieren.

„Wenn das Maschinengewehre und Pistolen sind, mit denen die Friedenstruppen die Ordnung

wiederherstellen, das ist eine Frage. Wenn es aber um schwere Waffentechnik geht, welches Ziel hat das? Was will die ukrainische Regierung damit tun?“, fragte Sawtschenko.

Abends:

de.sputniknews.com: Ein Streit mehr: Warum geht Kiew jetzt auf Belgrad los?

Die Ukraine ist um ein Land „reicher“, auf das sie nicht gut zu sprechen ist. Kiew scheint jetzt nämlich seine Beziehungen zu Serbien zu verderben – aus politischem Kalkül, wie die Zeitschrift „Expert“ schreibt.

Ein triftiger Grund für diese Schimpftirade ist auf Anhieb nicht zu erkennen. Trotzdem wettete der ukrainische Botschafter in Belgrad:

„Russland bereitet serbische Söldner auf den Mord an Ukrainern vor. Russland benutzte serbische Extremisten für den Umsturz in Montenegro... Ist es das, was das serbische Volk wirklich will?“

Und ob das serbische Volk sich von Russland dafür benutzen lasse, Europa zu vernichten, fragte der ukrainische Botschafter Alexander Alexandrowitsch im Interview mit serbischen Medien.

Kein Wunder, schreibt das Blatt, dass Serbiens Führung mit einer klaren Ansage auf dieses Interview reagiert und den serbischen Botschafter aus der Ukraine abgezogen habe.

Als Auslöser für diese Auslassungen könnte man ja laut dem Blatt eine Sendung von Radio Free Europe betrachten. Im Oktober hatte der Hörfunksender über serbische Freiwillige berichtet, die für die beiden selbsternannten Volksrepubliken im Donbass kämpfen.

Doch dass es solche Freiwilligen – im Kiewer Jargon: Söldner – gebe, sei kein Geheimnis. Wie es auch kein Geheimnis sei, in welcher schwierigen Lage Belgrad wegen der Beteiligung serbischer Bürger an den Kampfhandlungen in der Ostukraine geraten sei, schreibt die Zeitschrift.

Denn einerseits kommt Belgrad nicht umhin, die Stimmung in der serbischen Bevölkerung zu berücksichtigen, wie das Blatt schreibt. Der bewaffnete Konflikt in der postsowjetischen Ukraine hat bei den Serben nämlich auf Anhieb die Erinnerung an ihre eigenen Kriege wachgerufen.

Serbiens Kapitulation und die anschließende Übergabe seiner eigenen Leute an das Tribunal in Den Haag ist laut dem Blatt ein in der serbischen Bevölkerung unvergessenes Trauma. Und es schmerzt umso mehr, als dass ein mehr oder weniger überzeugender Ausgleich des Westens für diese Auslieferung ausgeblieben ist.

Unter diesen Umständen habe es auch eine gesellschaftstherapeutische Funktion, dass Belgrad die serbischen Freiwilligen im Donbass gewähren lasse. Denn:

„Nur mit Appellen, die Vergangenheit zu vergessen und an die europäische Zukunft Serbiens zu denken, kommt man nicht weit“, so das Magazin.

Belgrad müsse also auch Washington und Brüssel im Auge behalten.

Diese scheinen die Schwierigkeit der Lage, in der sich die serbische Führung befindet, erkannt zu haben, wie die Zeitschrift schreibt. Auf Druckausübung wird verzichtet. Wo soll denn Serbien auch hin? Die Eurointegration – und dann vielleicht auch bald der Nato-Beitritt – der Balkanländer würden schon ihren Lauf nehmen – so denkt man offenbar im Westen über Serbien laut dem Blatt. Doch Kiew will es offenbar darauf ankommen lassen.

Die Motive der ukrainischen Führung liegen laut dem Blatt auf der Hand: Die ukrainische Gesellschaft müsse bald die Minsker Abkommen „schmerzhaft hinnehmen“. Präsident

Poroschenko wird sich mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, er habe die Nationalinteressen seines Landes verraten. Da kommen aufsehenerregende, aber eigentlich folgenlose „Konflikte“ mit den Nachbarländern – und jetzt auch mit Serbien – dem ukrainischen Präsidenten gerade recht, wie das Blatt schreibt.

Poroschenko müsse seinen Wählern schließlich vermitteln, dass er vor den Feinden keinen Schritt zurückweichen werde, so die Zeitschrift. „Hierbei ist jedoch wichtig, sich nicht zu verspielen“ – auf dass eine Fake-Feindschaft nicht zu einer echten werde. „Aber davor hatte Poroschenko, wie es aussieht, noch nie wirklich Angst.“

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR
Die ukrainische Seite verletzt weiter grob die Minsker Vereinbarungen. So haben die Straftuppen heute um 17:50 mit Artillerie **Kominternowo** beschossen und 5 152mm-Geschosse abgeschossen. Außerdem wurden beim Beschuss der Ortschaften Schützenpanzerwaffen verwendet. Informationen über Opfer und Verletzungen werden noch ermittelt. Das Dorf ist aufgrund des Beschusses von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus völlig ohne Stromversorgung.

de.sputniknews.com: **Russische Abgeordnete nennt mögliche Folgen des Donbass-Plans der USA**

Die Vorschläge Washingtons, Friedenstruppen im Donbass zu stationieren, zeugen laut Olga Timofejewa, Mitglied des Föderationsrats (russisches Oberhaus) von der Krim, davon, dass sich die Amerikaner am Ukraine-Konflikt beteiligen wollen.

„Russland darf diesen Initiativen nicht zustimmen“, sagte Timofejewa am Freitag gegenüber RIA Novosti.

Nur wenn die Normalisierung der Situation in der Südostukraine tatsächlich das Ziel wäre, wäre eine Stationierung von Friedensstiftern an der Entflechtungszone logisch.

Zudem äußerte sie sich darüber besorgt, dass die USA faktisch damit zugegeben, dass sie bereit seien, sich in den Donbass-Konflikt einzumischen und den Plan zur Unterdrückung der Republiken in die Tat umzusetzen.

Bei einer solchen Entwicklung der Situation könne das sogenannte „kroatische Szenario“ in Gang gebracht werden, bei dem es zu ethnischen Säuberungen käme, sagte Timofejewa abschließend.

Zuvor hatte die Zeitung „The Wall Street Journal“ unter Berufung auf eigene Quellen mitgeteilt, dass die USA Russland einen Plan zur Stationierung von 20.000 internationalen Friedenssoldaten im Donbass vorschlagen wollten.

Dem Blatt zufolge wollen die Amerikaner diese Idee in den kommenden Tagen mit den russischen Kollegen erörtern. Dieser Vorschlag sei die Antwort auf Russlands Initiative zur Stationierung einer UN-Blauhelmemission im Donbass, die im September im UN-Sicherheitsrat vorgeschlagen worden war.

de.sputniknews.com: **Uno warnt vor „chemischer Katastrophe“ in Ukraine**

Der Ukraine droht eine chemische Katastrophe wegen der verstärkten Kampfhandlungen, die in der Nähe von Objekten der Wasserversorgung stattfinden. Zu diesem Schluss sind Sonderberichterstatter der Verwaltung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte gekommen.

Die UN-Berichterstatter Baskut Tuncak und Leo Heller zeigten sich besorgt über die jüngsten Meldungen über den wiederholten Beschuss in der Ostukraine. Denn unter diesen Beschuss könnten laut ihnen Wasserversorgungsobjekte mit Chlor-Beständen und andern giftigen

Substanzen geraten.

„Eine Beschädigung dieser Infrastruktur und eine Zerstörung von Wasserreinigungsanlagen könnte schreckliche Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt in einem großen Teil der Ostukraine nach sich ziehen“, warnten die UN-Vertreter.

Obwohl Chlor offiziell nicht zu den Waffen gehöre, die laut der Chemiewaffenkonvention kontrolliert werden müssen, könnte es dennoch als chemische Waffe eingesetzt werden. Die Berichterstatter riefen die Konfliktseiten deshalb auf, die möglichen Gefahren einer Zerstörung von Wasserreinigungsanlagen immer zu bedenken.

Zuvor hatte auch der UN-Koordinator für die Ukraine, Neal Walker, seine Sorge wegen der angespannten Situation in Donezk geäußert, wo es zu Kampfhandlungen in der Nähe von einer Wasserfilterstation gekommen war. Sollte auch nur ein Geschoss einen Behälter mit Giftgas treffen, würden alle Menschen, die sich im Radius von 200 Metern vom Explosionsort befinden, eine tödliche Dosis davon erhalten, warnte Walker.